

Was NRW jetzt wirklich braucht

Ein Plädoyer für mehr Wirtschaftswachstum



Martin Renker
Vorsitzender des Bankenverbandes Nordrhein-Westfalen e.V.
und Vorsitzender des Vorstands, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA

Wir wollen unser Land wieder nach vorne bringen – mit Maß und Mitte“, so beschrieb der neue Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, in seiner ersten Regierungserklärung vor wenigen Tagen die politische Agenda der NRW-Koalition aus CDU und FDP. In der Wirtschaftspolitik soll eine „Kettenreaktion“ ausgelöst werden: Durch bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sollen sich mehr Investitionen ergeben, dadurch soll wiederum mehr Wachstum entstehen, das mehr Arbeitsplätze schafft, was schließlich zu mehr Wohlstand führt. Damit soll NRW zu „einem Taktgeber des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts“ werden.

Mit der Gründung eines „Rheinland Valley“ möchte NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart nach dem Vorbild des amerikanischen Silicon Valley die Gründerszene im Land fördern. Durch eine bessere Vernetzung von Hochschulen, Investoren, Beratungseinrichtungen und staatlichen Stellen sollen Startups bessere Bedingungen geboten bekommen. Die vielfältige Bankenlandschaft mit ihrer Fokussierung auf Unternehmensfinanzierung und Vermögensverwaltung erfüllt die Grundvoraussetzungen, um Investoren zusammenzubringen. Liquidität

ist – nicht zuletzt mangels alternativer Anlageformen – jedenfalls ausreichend vorhanden. Mit einer „Finanzplatz-Initiative NRW 2.0“, die sich nicht wie an anderen Plätzen mit der Förderung der Finanzwirtschaft beschäftigt, sondern als landesweite Plattform zur Vernetzung der bereits existierenden verschiedenen Investorengruppen und -initiativen zu verstehen ist, könnte Gründungskapital für junge Unternehmen besser gebündelt und gezielter eingesetzt werden. Der Gründungsfonds des Initiativkreises Ruhr zeigt, wie so etwas geht. Die privaten Banken könnten Teil einer solchen Initiative sein.

Denn Nordrhein-Westfalen – mit einem Schwerpunkt in Düsseldorf – ist für die private Kreditwirtschaft einer der bedeutendsten Wirtschaftsstandorte: Die räumliche Nähe zu den Privat- und Firmenkunden ist noch immer ein wichtiges Asset. 66 private Banken mit insgesamt 28 000 Beschäftigten sind im ganzen Land mit eigenen Filialen vertreten. Davon haben 24 ihren Hauptsitz in NRW, wiederum 26 gehören zu ausländischen Muttergesellschaften, und zehn sind selbst dem Mittelstand zugehörig. Diese Fülle an Bankdienstleistungen für alle Kundengruppen ist nicht überall zu finden, sie spiegelt die heterogene Struktur der Wirtschaft vor Ort wider. Kein Wunder, ist die Met-

18 der 50 umsatzstärksten Unternehmen Deutschlands sind in NRW beheimatet

ropolregion mit ihren rund 751 000 vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen eine der größten Volkswirtschaften der Bundesrepublik. 18 der 50 umsatzstärksten Unternehmen Deutschlands sind in NRW beheimatet, jeder vierte Weltmarktführer ist hier zu Hause. Die Internationalität des Standorts wird nicht nur an den über 18 000 ausländischen Firmen, sondern auch im Exportwert von rund 180 Mrd. Euro gebündelt – 80 % der Ausfuhren laufen über Konten privater Banken.

Schon lange haben vor allem asiatische Firmen die Region um Düsseldorf für sich entdeckt und tätigen von hier aus ihre Europageschäfte. In der Landeshauptstadt ist eine der größten japanischen Communities der Welt entstanden, über 380 Unternehmen aus Japan haben sich hier angesiedelt. Vor kurzem informierte eine Wirtschaftsdelegation unter Leitung des Düsseldorfer Oberbürgermeisters Thomas Geisel und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft NRW Invest in Tokio japanische und internationale Investoren über die Chancen, die sich in Düsseldorf als Innovationsstandort für Telekommunikation, Digitalisierung und Industrie finden. Die NRW-Exportstatistik weist im Ranking der größten Handelspartner nach den benachbarten Niederlanden die Volksrepublik China, gefolgt

von Frankreich und dem Vereinigten Königreich, schon bald die USA aus. Politische Entwicklungen in diesen Regionen schlagen daher unmittelbar auf die Stadt am Rhein durch. Auch der Brexit hat direkte Auswirkungen auf die nordrhein-westfälische Industrie, immerhin 10 % des gesamten Handelsvolumens des Landes wären betroffen. Mit einem eigenen Brexit-Beauftragten soll die Wirtschaft auf die Folgen vorbereitet werden. Gerade die international tätigen privaten Kreditinstitute unterstützen die Wirtschaft in NRW bei dieser Herausforderung.

Die Situation der Unternehmen ist so widersprüchlich wie die Rahmenbedingungen: Auf der einen Seite brummt die Konjunktur mit weiterhin stabiler positiver Aussicht, auf der anderen Seite gibt es Sorgen um die politischen Verhältnisse im Vereinigten Königreich, in den USA und Russland sowie die geringeren Wachstumsaussichten in den Emerging Markets. Dies führt dazu, dass die Investitionsquoten trotz hoher Eigenfinanzierung der Unternehmen weiter unter den Erwartungen und ihren Möglichkeiten liegen. Die Auslastung der Kreditlinien bei den Banken in NRW liegt im Durchschnitt gerade einmal bei 50 %. Dass die Investitionen der NRW-Unternehmen im Vergleich der Bundesländer unterdurchschnittlich und außerhalb des Bundeslandes inzwischen höher sind als im Land selbst, ist durchaus eine Ausweichreaktion mangels Perspektiven.

Die Gründe sind vielfältig, aber lösbar: Die Infrastruktur im Land – seien es Autobahnen oder Breitbandleitungen – bedarf dringend der Modernisierung. Dazu braucht es aber mehr Planungssicherheit und -kapazitäten, vor allem aber eine Beschleunigung und Vereinfachung im Planungsrecht. Banken können hier mit Kapital und Expertise unterstützen, denn öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) bieten klare Vorteile hinsichtlich Kosten- und Terminalsicherheit sowie Effizienz und Qualität. Hohe Gewerbe- und Grundsteuern verhindern bekanntermaßen neue Gewerbeansiedlungen, mit Hebesätzen von 550 % bei der Gewerbesteuer wie in Oberhausen oder 910 %

bei der Grundsteuer wie in Witten kann NRW im Wettbewerb um die Attraktivität eines Standortes nicht bestehen. Der Schuldenstand der NRW-Kommunen hat Ende 2016 den neuen Höchststand von 63,4 Mrd. Euro erreicht. Die boomende Konjunktur und niedrige Zinsen haben die Finanzlage nicht verbessert. Die Kommunen müssen dringend ihre Altschulden und Gesamtverschuldungsquoten abbauen, um wieder investitionsfähig zu werden. Dazu sind Strukturveränderungen und neue innovative Finanzierungsformen gefragt, auch eine Öffnung für private Investitionen. Die privaten Banken bieten alternative Kapitalmarktinstrumente – genannt seien nur Schuldscheindarlehen und Kommunalanleihen – an. Bürokratiehürden sind abzubauen, nicht zuletzt um Gründungen zu fördern. Die von der Wirtschaft durchgesetzte „One in, one out“-Regel muss konsequent angewendet werden, außerdem müssen Gesetze, Regulierung und Vorschriften nicht nur verständlicher formuliert, sondern „digital gedacht“, also auf ihre Tauglichkeit in digitalen Prozessen ohne Medienbrüche geprüft werden.

Gerade beim Thema Digitalisierung müssen Politik, Wirtschaft und Banken noch enger zusammenarbeiten. Die digitale Transformation ist kein Modethema, das sich nur auf Startups fokussieren darf. Die Digitalisierung betrifft alle Unternehmen, auch die, die es vielleicht (noch nicht) wahrhaben wollen. Aber sie verändert grundsätzlich die Art, wie wir künftig Geschäfte machen werden. Lieferprozesse, Produktionstechnologien, Kunden- und Lieferantenbeziehungen, alle Wertschöpfungsketten stehen auf dem Prüfstand. Die Bedenken sind groß, vom Chef bis zu den Mitarbeitern, aus den verschiedensten Gründen, nicht zuletzt weil das Thema noch keiner so richtig packen und die Folgen abschätzen kann. Aber die Digitalisierung ist keine Zukunftsvision mehr, sie ist bereits in unserem Alltag angekommen. Wenn der Standort NRW bei der Digitalisierung den Anschluss verlieren würde, wäre das fatal. Es gilt daher, auch die „Old Economy“, die zu den wesentlichen Trägern der Leistungsbilanz des Landes zählt, einzubinden. Hierfür ist zu-

Das Land braucht eine Willkommenskultur für Unternehmer

nächst Überzeugungsarbeit zu leisten und danach sind finanzielle Anreize zu setzen, beispielsweise durch spezielle Förderprogramme. Die Hausbanken können eine führende Rolle bei dieser Aufgabe übernehmen. Denn die Digitalisierung ist schon längst in den Banken selbst angekommen. Mit eigenen Innovationen oder getrieben von Fintechs verändern sich Kundenverhalten und -kommunikation sowie die Anforderungen an gute Beratung und schnelle Bearbeitung in einer noch nie dagewesenen Geschwindigkeit. Online-Kontoabfragen, Robo-Advisory, Realtime-Zahlungsverkehr oder kontaktloses Bezahlen sind bereits Realität, täglich kommen neue Anwendungen hinzu, die auch den Anforderungen an Regulierung und Datenschutz gerecht werden müssen.

Politik, Wirtschaft und Banken bedingen einander: Dort, wo eine starke und prosperierende Wirtschaft ist, da ist auch eine lebendige und vielfältige Bankenlandschaft zu finden. Geht es den Unternehmen schlecht, werden Banken über den Standort nachdenken und Konsequenzen ziehen müssen. Sind dann weniger Banken vor Ort, fehlen wiederum den Unternehmen die Finanzierungspartner. Damit beide Seiten profitieren, braucht es einen leistungsfähigen Staat, der den entsprechenden Rahmen setzt, in dem die Wirtschaft wachsen kann. NRW-Unternehmerpräsident Arndt Kirchhoff hat es auf den Punkt gebracht: Das Land braucht eine Willkommenskultur für Unternehmer und einen wirtschaftspolitischen Masterplan. Die neue Landesregierung sollte eine Vision entwickeln, wie der Standort nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch in Europa und der Welt eine führende Rolle spielen kann. Mit dem „Entfesselungspaket“ zum Bürokratieabbau ist ein Anfang gemacht, der Wirtschaft wieder eine Motivation zu geben. Weiteres muss folgen: So können die bereits zahlreichen Initiativen im Land – besonders im Bereich der Digitalisierung – erst richtig vernetzt ihre volle Wirkung entfalten. Es gilt, die Stärken des Landes herauszustellen. Die privaten Banken stehen bereit, ihren Beitrag zu leisten, um das Land weiter nach vorn zu bringen.